Antrag auf Änderung des §8, Abs. 2 der Satzung der StudentInnenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:

David Rodriguez Edel (RCDS – die Studentenunion) Kinan Al-Salti (BAföG & Brandenburg Sem.-Ticket)

Das StuPa möge beschließen:

"Das Stupa ändert den §8, Abs. 2 der Satzung der StudentInnenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin mit der Hinzufügung des nachfolgenden Satzes:

Vor den Wahlen der Referent*innen wird vom StuPa festgestellt, dass die Kandidat*innen zu diesen Posten immatrikulierte Student*innen der Humboldt-Universität zu Berlin sind. Dies wird durch die Überprüfung des Studentenausweises vor jeder Wahl geschehen. Nach der Wahl der (Co-)Referent*innen werden ihre Namen und Nachnamen dem Präsidium der Universität mitgeteilt. Der RefRat ist auch dazu verpflichtet, die Namen der (Co-)Referent*innen der Öffentlichkeit durch seine Kommunikationskanäle bekanntzugeben. Ausgenommen von dieser Regelung sind die (Co-)Referent*innen für Queer_Feminismus und LGBTI."

Begründung:

Nachdem der Artikel "Solange keiner hinschaut" am 20. Oktober 2017 von der Studierendenzeitung UnAuf veröffentlicht wurde, wurde die Öffentlichkeit, Studierendenschaft und die Universität auf intransparenten Vorgänge in der Verfassten Studierendenschaft – insbesondere im RefRat – aufmerksam geworden. Dies hatte auch einen Einfluss auf den Wahlergebnissen der StuPa-Wahl 2018, indem die Listen, die sich für mehr Transparenz ausgesprochen haben, einen größeren Anteil der Sitze im StuPa erobert haben. Diese Fraktion hat in dieser Legislaturperiode 2 Transparenzanträge gestellt, die teilweise vom StuPa-Präsidium boykottiert und schließlich von der Mehrheit abgelehnt wurden. Als Alternative dazu wurde die Entstehung der AG Partizipation vorgeschlagen, diese konnte aber die Bedenken auf Transparenzmangel nicht räumen und stattdessen wird sie allmählich von immer mehr StuPa-Mitglieder für gescheitert erklärt. Dennoch hat die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst, in dieser Hinsicht gehandelt und auf Ihrem Brief an die Verfassten Studierendenschaft vom 23. Juli 2018 den Vorschlag dieser Änderung gemacht, die eigentlich vor dem 1. Dezember 2018 geschehen sollte. Da die Transparenz nicht nur ein Anliegen vom Präsidium der Universität und von den Wähler*innen der Fraktion, die sich für Transparenz einsetzt, sein soll, ist es wichtig, dass die Mitglieder vom StuPa als erwachsene Menschen auch ein Unterstützungssignal dem Präsidium, der Öffentlichkeit und der Studierendenschaft senden. Durch eine höhere Transparenz legitimieren sich auch alle Gremien der Verfassten Studierendenschaft.